



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 27.10.2022

An
Ratsfrau Antonia Frey
Vorsitzende des Ausschusses für Wohnungswesen und
Modernisierung des Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der SPD-Ratsfraktion zur Sitzung
des Ausschusses für Wohnungswesen und Modernisierung am 31.10.2022**

Betrifft:

Haushaltsantrag der SPD-Ratsfraktion:
Reduzierung der Fördermittel für den preisgedämpften Wohnungsbau

Sehr geehrte Frau Frey,

die SPD-Ratsfraktion bittet Sie, folgenden Haushaltsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Wohnungswesen und Modernisierung am 31.10.2022 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen.

Antrag:

Der Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung beschließt die Reduzierung der Mittel zur Förderung von zinsgünstigen Darlehen zum Erwerb von preisgedämpften Wohnungen von 1.680.000 EUR um 1.200.000 EUR auf 480.000 EUR im Bereich Wohnungsbauförderung für die Jahre 2023ff im Produkt 5252201, Zeile 12, Konto 78683000, Maßnahme 790000118.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Düsseldorf fördert den Erwerb von preisgedämpften Wohnungen. Neben der in Rede stehenden Förderung des preisgedämpften Eigentumswohnungsbaus werden in dieser Haushaltsposition auch Maßnahmen neuer Wohnformen gefördert.

Gemäß Handlungskonzept Wohnen (HKW) liegt der sog. preisgedämpfte Wohnungsbau im Eigentum bei einem Verkaufspreis von 3.500 EUR/ qm. Der sog. preisgedämpfte Eigentumswohnungsbau ist seit der Einführung des HKW von Investor:innen als nicht marktkonform, generell kritisch und in der Umsetzung als höchstgradig riskant bewertet worden.

Neben der fast zehnjährigen Attestierung, dass der kommunale preisgedämpfte Eigentumswohnungsbau nicht funktioniert, verdeutlicht die Betrachtung der Haushaltsposition über mehrere Jahre diesen Eindruck ebenso:

Jahr	Vorl. Rechnungsergebnis	Haushaltsansatz
2017	159.075 EUR	1.680.000 EUR
2018	163.000 EUR	1.680.000 EUR
2019	99.000 EUR	1.680.000 EUR
2020	55.000 EUR	1.680.000 EUR
2021	NN	1.680.000 EUR
2022	NN	1.680.000 EUR

Das vorl. Rechnungsergebnis in den vergangenen Jahren reicht nicht annähernd an den durchgängig hohen Haushaltsansatz von 1,68 Mio. EUR. Die Reduzierung der investiven Mittel somit ein logischer Schritt.

Mit freundlichen Grüßen

Sabrina Proschmann